



»Augen zu« hat ausgedient

Hintergrund ➔ Die NPD in den Berliner Bezirksparlamenten

Seit vergangenem Herbst sitzen NPD und REPUBLIKANER in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen. Ihr Einzug hat zum einen eine vermehrte Auseinandersetzung mit den Gefahren des Rechtsradikalismus in der Lokalpolitik gefördert. Zum anderen ist in diesen Bezirken ein Zwang entstanden, mit der NPD und ihren Inhalten umzugehen. Die NPD gibt sich offensiv, vermeintlich bürgernah und erwartungsgemäß rechtspopulistisch. Im Gegensatz dazu ergibt sich der Abgeordnete der REPUBLIKANER in Pankow der Schwäche seiner Partei. Insgesamt ist der Einzug der Rechtsradikalen in die Bezirksparlamente ein massiver Zugewinn an öffentlicher Präsenz.

So nah war der Rechtsradikalismus der Lokalpolitik noch nie. Besonders selbstbewusst ist die NPD in den drei Bezirken, wo sie Fraktionsstärke besitzt: Lichtenberg-Hohenschönhausen, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick. Hier werden Anträge gestellt, das Wort in Diskussionen ergriffen, jede Möglichkeit der Beteiligung an Ausschüssen genutzt und die zur Verfügung stehende Infrastruktur in den Rathäusern ausgekostet. Man leistet sich sogar parlamentarische Mitarbeiter.

Ruhig bis verunsichert ist dagegen ihr Handeln in Neukölln und Pankow. In Pankow gab es nur einen Versuch, die vermeintliche Diskriminierung von Männern in der Amtssprache zur Diskussion zu stellen, in Neukölln beruft man sich auf die klassische Argumentation gegen MigrantInnen und übernimmt Anfragen anderer NPD-Fraktionen.

Was passiert in den Bezirken?

Alle Bezirksparlamente müssen sich damit abfinden, dass die NPD ihre Kontrollmöglichkeiten ausnutzt. So wird entweder mit Strafanzeigen gegen die Lokalpolitik gedroht oder gleich Anzeige erstattet, wenn die Antworten auf Anfragen nicht befriedigend sind. In allen Fraktionen wird zudem betont, dass der Abgrenzungskurs der anderen Parteien undemokratisch sei und die NPD den »wahren« Wählerwillen repräsentieren würde. Dieser populistische Appell an die etablierten Parteien, sich dem verzerrten Demokratieverständnis der NPD zu beugen, wird immer dann auf die Tagesordnung gesetzt, wenn sich die Partei übergangen fühlt. Dass AktivistInnen der FREIEN KAMERADSCHAFTEN mittlerweile zur Stammhörerschaft in den BVV-Sitzungen geworden sind, ist dabei nur eine weitere bittere Pille.

In Lichtenberg-Hohenschönhausen machen besonders zwei Abgeordnete von sich reden – JÖRG HÄHNEL (NPD) und MANUELA TÖNHARDT (DVU, seit November 2006 NPD). Sie lassen kaum eine Gelegenheit aus, das Wort zu ergreifen. HÄHNEL kann dabei auf seine propagandistischen Fähigkeiten zurückgreifen und versucht in seinen Redebeiträgen linke und antifaschistische Projekte im Bezirk zu diskreditieren, fremdenfeindliche Stereotype durchzusetzen, den Nationalsozialismus zu verharmlosen und nationalistische und völkische Argumentationen anzubringen.

So wandte er sich gegen den Antrag der Linkspartei für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gegen Rechtsextremismus im Bezirk. Zudem versucht er an verschiedenen Punkten den Zusammenhang von Gewalt im Weitlingkiez und Aktivitäten gegen Rechts herzustellen. Ein Antrag zur Einführung eines Bürgertages im Sinne einer Straßenreinigung durch AnwohnerInnen, sowie die Forderung nach Rückbesinnung auf die »heimisch vor-

Die Mühen der Ebenen: NPD-Aktion im Berliner Bezirk Köpenick im Jahr 2006.



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitgliedern bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



apabiz war 2006 fast 130 mal auswärts unterwegs

Bundesweit • Die Bildungsarbeit ist weiterhin einer der Schwerpunkte der Arbeit des *apabiz*: Insgesamt waren unsere ReferentInnen 2006 bei 128 Veranstaltungen tätig. Als Dauerrenner entpuppte sich der Vortrag »Der Nazis neue Kleider«, der gleich 37 mal gehalten wurde, gefolgt von »Das Versteckspiel« (24 Vorträge). Die Veranstaltungen fanden in sämtlichen Bundesländern statt: Ein Drittel in Berlin und Brandenburg, ein Viertel in den restlichen neuen Bundesländern und rund 40 Prozent in Westdeutschland. Im Schnitt besuchten 50 Personen unsere Veranstaltungen. Das sind insgesamt 6500 Gäste – 53 Prozent davon waren Männer und 47 Prozent Frauen. Für 2007 zeichnet sich ab, dass unsere Bildungsarbeit auf dem gleichen Niveau weitergeführt wird. Kürzlich ist eine Aktualisierung unseres ReferentInnen-Katalogs erschienen, der im *apabiz* eingesehen werden kann und auf Anfrage am Interessierte verschickt wird. Online gibt es ihn auf <http://www.apabiz.de>. ◀

»Schwarze Witwe« ist tot

Waasmunster (Belgien) • Fanatische Nationalsozialisten betrauern weltweit den Tod der »Schwarzen Witwe« FLORENTINE ROST VAN TONNINGEN, die am 24. März im Alter von 92 Jahren gestorben ist. Die Witwe des ranghohen Mitglieds der NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (NSB) der Niederlande in den 1930er Jahren, MEINOUD ROST VAN TONNINGEN, hing der Nazi-Ideologie bis zuletzt an. Sie wurde in den Niederlanden mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt, ihr Haus war jahrzehntelang Ort von Neonazitreffen.

Ihre drei Söhne haben sich von ihren politischen Aktivitäten distanziert. Seine Mutter habe stur an der Vorstellung festgehalten, dass Hitler und seine Anhänger recht gehabt hätten, erklärte ihr Sohn Grimbert. »In diesem Sinn fügte sie dem niederländischen Volk, Juden und vielen anderen sowie ihrer eigenen Familie viel Leid zu«, schrieb er. ◀

Netzwerk ohne Recherche

München • In der jüngsten Ausgabe der BURSCHENSCHAFTLICHEN BLÄTTER (BBL), Verbandsorgan der DEUTSCHEN ▼

»Nazis in den Parlamenten«

Ein neues Projekt beobachtet in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen die dortigen Abgeordneten der NPD, DVU und der REPUBLIKANER. Ziel des Projektes mit dem Namen *Nazis in den Parlamenten (NiP)* aus Berlin ist die kontinuierliche, kritische Dokumentation der Aktivitäten rechtsextremer, neonazistischer Parteien in den Parlamenten, aber auch die Schaffung eines Netzwerkes, welches sich überregional mit ihrer Arbeit in Parlamenten allgemein beschäftigt. Vorbild ist das gleichnamige Projekt in Sachsen (<http://nip.systemli.org>).

Für das Berliner NiP-Projekt wurde unter <http://www.nip-berlin.de> eine Internetseite initiiert, welche von nun an regelmäßig aktualisiert wird. Auf dieser Seite finden sich einzelne Porträts der Verordneten sowie eine ausführliche Dokumentation und Analyse der verschiedenen Sitzungen durch Berichte. Email-Kontakt bekommt ihr unter nip-berlin@gmx.de. ◀

handene Kohle« im Zusammenhang mit dem Thema Kohlekraftwerk in Lichtenberg, stoßen jedoch bei allen anderen Parteien auf Ablehnung. Sein Potenzial zur NS-Verherrlichung zeigte er, als der Kulturausschuss einen Antrag zur öffentlichen Würdigung des Antifaschisten Erwin Nöldner unterbreitete. Als KPD-Mitglied leistete Nöldner Widerstand und wurde 1944 hingerichtet. HÄHNEL stellte dieses Vorgehen als rechtsstaatlichen Akt dar.

Bürgernah und vermeintlich sozial tritt dagegen TÖNHARDT auf. Ihre Nähe zur DVU spiegelt sich auch in ihren Beiträgen wider, die im Gegensatz zu HÄHNELS Äußerungen keinerlei NS-Bezüge enthalten. Dennoch sind Rassismus und die Abneigung gegen antifaschistisches Engagement deutlich zu spüren. Im August 2006 hatte sie ein Flugblatt gegen den interkulturellen Garten in Hellersdorf herausgegeben, Anfang Februar forderte sie als Ausgleich zu einem antifaschistischen Jugendzentrum auch ein »nationales«. Ihre Vorliebe für lokale Themen wurde in einem Antrag zur Pflege von Grünflächen durch Mieterverbände deutlich.

TORSTEN MEYER (DVU), der an der Seite von HÄHNEL und TÖNHARDT Abgeordneter für die NPD ist, gibt sich ausgesprochen lokal, aber auch erwartungsgemäß rassistisch. Sein Schwerpunkt liegt jedoch bei lokalen Angelegenheiten. So forderte er die Umbenennung eines Parks in Mies-van-der-Rohe-Park, stellte einen Antrag zur Erfassung linker Gewalt im Stadtbezirk und sprach sich gegen die Schaffung einer Parkverbotszone in der Orankestraße aus.

Treptow-Köpenick

Im Treptow-Köpenicker Bezirksparlament prägen UDO VOIGT und ECKART BRÄUNIGER das Bild der Par-

tei. FRITZ LIEBENOW, nach eigenen Angaben parteiunabhängiger Monarchist, übernimmt den lokalen Bezug, spricht sich für Fußgängerüberwege, Verkehrsregelungen in der Altstadt Köpenick und gegen Kinderarmut im Bezirk aus. Bei anderen Themen überlässt er den beiden NPD-Kadern das Feld. Zum besonderen Streitpunkt wurden die Aktivitäten des Bezirksamtes gegen einen Aufmarsch freier Kameradschaften Anfang Dezember. Diese veranlassten die NPD zu einer großen Anfrage bezüglich der Proteste, die nicht zu ihrer Befriedigung beantwortet wurde. Im März kam es bei einer Sitzung der BVV zu Protesten von Jugendlichen gegen die NPD. Dabei wurden Flugblätter verteilt, Parolen gerufen und eine Stinkbombe gezündet. Daraufhin wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet. Bis auf die Grünen-Fraktion, die einen Antrag gemeinsam mit der NPD ablehnte, kam es zu keinerlei Zusammenschlüssen zwischen der NPD und anderen Parteien.

In Marzahn-Hellersdorf bestreiten MATTHIAS WICHMANN, KARL-HEINZ BURKHARDT (DVU) und WOLFGANG-DIETER CHIEDUCH gemeinsam die Arbeit im Bezirksparlament. WICHMANN und CHIEDUCH treten hierbei gegenüber ihrem Fraktionskollegen wortstark hervor. Als besonderer Gast war zu den ersten Sitzungen der norddeutsche Kameradschaftskader THOMAS WULFF anwesend. Ebenso wie in Lichtenberg-Hohenschönhausen und Treptow-Köpenick kommen regelmäßig rechte Jugendliche, die den FREIEN KAMERADSCHAFTEN oder der JN zuzurechnen sind, und beobachten das parlamentarische Geschehen.

Der Landesverband Berlin

Am 4. Februar führte der Berliner Landesverband der NPD einen Parteitag in Köpenick durch,

Protestaktion gegen eine Veranstaltung der NPD im Rathaus Tempelhof am 14. August 2006.





dessen Tagungsort bis zur Durchführung geheim blieb. Als Gäste waren REP-Abtrünnige, freie Kameradschaften und NPD-Abgeordnete von Landtagsfraktionen geladen. BRÄUNIGER verkündete in diesem Rahmen das Ziel einer Veranstaltungsoffensive für das Jahr 2007. Man wolle »aus den Hinterzimmern heraus« und öffentliche Räume besetzen. Am 26. Februar fand die erste dieser Veranstaltungen im Lichtenberger Rathaus statt. Eine weitere ist für den 8. Mai in Neukölln geplant.

Dass die geplanten 30 Veranstaltungen umgesetzt werden ist zweifelhaft, da die personellen Kapazitäten der NPD sehr knapp sind. Das Bündnis mit den FREIEN KAMERADSCHAFTEN, die sich zunehmend in der JN organisieren, und das neu gewonnene Selbstvertrauen tragen zwar dazu bei, aktionistische Ansprüche in die Tat umzusetzen. Dies geschieht aber weitaus weniger als angekündigt. So wurde eine Demonstration für den 1. Mai in Berlin wegen Konkurrenzveranstaltungen in anderen Bundesländern abgesagt.

Fazit

Parlamentarische Erfolge der NPD durch die Thematisierung von lokalen oder vermeintlich bürgernahen Themen sind bis jetzt an der ablehnenden Haltung der anderen Parteien gescheitert. Dennoch hat es die Partei geschafft, ihre Inhalte und Argumentationen einem breiteren Spektrum



Der Neuköllner NPD-Bezirksverordnete THOMAS VIERK als Redner auf einer Demonstration in Berlin-Rudow für ein »nationales Jugendzentrum« im Dezember 2006.

aufzunötigen. Die Verfügbarkeit bezirklicher Räume sowie eigener Büroräume in den Rathäusern wird ausgenutzt. Die enge Zusammenarbeit mit Kameradschafts-Aktivisten spiegelt sich auch in den parlamentarischen Themen wieder. Inwiefern sich das neue Selbstbewusstsein und der Aktivismus auf die Mitgliederentwicklung auswirken werden, wird das laufende Jahr zeigen.

Frauke Schalau (<http://www.nip-berlin.de>)

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Neuer Vortrag zu rechter Globalisierungskritik

Volksgemeinschaft gegen globales Kapital?

»Arbeit für Millionen statt Profite für Millionen«, »Zukunft statt Globalisierung«, »Nein zum G8-Gipfel! Für eine Welt freier Völker« – dies sind die Parolen, wie sie uns auf den neofaschistischen Demonstrationen begegnen. NPD und Nazikameradschaften erklären die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ihrem zentralen »Schlachtfeld«. Damit knüpfen sie an ihre historischen Vorbilder in der »Bewegungsphase« vor der Machtübernahme 1933 und an ihre alte Rolle als »Revolutionäre der Konterrevolution« an. Das *apabiz* hat ab sofort ein Angebot im Programm seiner Bildungsveranstaltungen, das sich mit diesen und weiteren Fragen befasst.

Rund um den G8-Gipfel, der im Juni diesen Jahres in Heiligendamm stattfinden soll, wächst derzeit nicht nur das Interesse an Globalisierungskritik und linken Gesellschaftsentwürfen jenseits des Kapitalismus. Weil eben auch NPD und Neonazi-Kameradschaften gegen das Gipfeltreffen mobil machen wollen, stellt sich die Fra-

ge, was die Rechtsextremen zu ihrem Protest veranlasst. Wo gibt es Anknüpfungspunkte für sie? Was ist deren Kritik an der Globalisierung? Ist das Aufgreifen von sozialen Problemen lediglich Taktik der Rechten, ein populistisches Aufdenzugspringen? Oder handelt es sich um ernstzunehmende Bestandteile extrem-rechter Ideologie?

Eingegangen wird auf das Kapitalismusverständnis hinter dem lauthals verkündeten rechts-extremen Antikapitalismus und auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der extremen Rechten. Dazu gehört eine Entschlüsselung des rechten Sozialismus-Begriffs wie auch auch ein Blick auf die aktuellen Bestrebungen zur Vereinnahmung des Antiimperialismus.

Der Referent ist Mitarbeiter der AG »Rechtsextremismus« in *Verdi Berlin-Brandenburg* und des *apabiz*. Der Vortrag ist als Abendveranstaltung mit der Möglichkeit einer anschließenden Diskussion konzipiert. ◀

► BURSCHENSCHAFT, Nr. 1/2007) schmückt sich das Altmittglied der Münchener Burschenschaft DANUBIA, BERND KALLINA, mit etwas außergewöhnlichen, aber offenbar nicht falschen Federn: Er weist sich als Träger des Medienpreis »Leuchtturm« des netzwerk recherche e.V.« aus. KALLINA verweist mit offensichtlichem Behagen darauf, dass er Mitglied der Redaktion »Hintergrund« beim Deutschlandfunk ist, die 2006 den Medienpreis »für besonders publizistische Leistungen« erhalten hatte. Das netzwerk recherche ist ein Zusammenschluss von investigativen Journalisten, darunter bekannte Medienprofis wie Thomas Leif (SWR) oder Kuno Haberbusch (Zapp/NDR). Bernd Kallina ist seinerseits seit den frühen 1970er Jahren als Akteur der extremen Rechten bekannt: Zunächst als Mitglied der Bundesleitung der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), seit 1973 als Mitglied der DANUBIA. Seine frühen »publizistischen Leistungen« veröffentlichte er u. a. im WITTKO-BRIEF, in der Zeitschrift MUT und in NATION & EUROPA. Später schreibt KALLINA vor allem in der DEUTSCHEN MILITÄRZEITSCHRIFT und zuletzt in den BBL. Sein Thema »Patrioten oder Verfassungsfeinde? Der Fall Danubia« ist eine Dokumentation seines Versuches, die DANUBIA aus dem bayerischen Verfassungsschutzbericht entfernen zu lassen. ◀

Brandenburger NPD weitet Aktivitäten aus

Land Brandenburg • Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 in Brandenburg baut die dortige NPD ihre Strukturen weiter aus. Im April kam es gleich zu mehreren Veranstaltungen der Neonazipartei. So gründeten sich zum Beispiel »Ortsbereiche« in Neuruppin (Chef: ERIK BRÜNING) und in Königs Wusterhausen (MICHAEL THALHEIM). Der Kreisverband Havel-Nuthe (Vorsitzende: DORIS REICHERT) ist aktiver als zuvor und lud zu einer Jahreshauptversammlung ein. In Schöneiche wurde ein Treffen für Interessierte und in Cottbus ein öffentlicher Infostand abgehalten. Bei einer Antirechts-Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Oranienburg diskutierten NPDler fleißig mit. Seit Jahresbeginn wurden zudem die Parteigliederungen in Frankfurt/Oder, Fürstenwalde, Storkow und Beeskow sowie die JUNGEN ▼



► NATIONALDEMOKRATEN Spreewald reaktiviert beziehungsweise neu gegründet. Hinzu kommt ein Schulungswochenende und einige Flugblattaktionen. Eine Kundgebung im April in Rathenow sagte die NPD hingegen kurzfristig ab. ◀

Geldstrafen gegen Antifas nach Blockade in Halbe

Land Brandenburg • Setzt es künftig saftige Strafen, wenn man in Brandenburg Zivilcourage gegen Neonazis zeigt? Diese Befürchtung erhält Nahrung durch einen Vorfall im Anschluss an die Neonazidemonstration im März diesen Jahres in Halbe. Als AntifaschistInnen sich dort den Rechten in den Weg stellten, wurden sie von der Polizei beiseite gedrängt und eingekesselt. Einem Gegendemonstranten wurde von der Polizei die Hand gebrochen und nun flatterten den Antifas obendrein noch Strafbescheide in die Briefkästen: Insgesamt 70 Menschen sollen 124 Euro pro Person zahlen (Minderjährige 75 Euro), weil sie gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben sollen. Etliche der Betroffenen haben Widerspruch eingelegt. »Es ist ein Unding, dass antifaschistischer Protest auf diese Weise kriminalisiert werden soll«, heißt es dazu auf dem Webportal <http://www.inforiot.de>. Anderthalb Jahre vorher hatte die Polizei eine Blockade des Neonazi-aufmarschs geduldet – der rechte Aufmarsch wurde gestoppt. Damals war unter den BlockiererInnen viel Brandenburger Politprominenz gewesen. ◀

CD-Händler vor geschlossenen Türen

Glinde • Wenig Glück mit seinen sportlichen und politischen Aktivitäten hat momentan ANDREAS STÄHR, jahrelanger Betreiber des Versandhandels VINCENTE DIRECTORI in Schleswig-Holstein. Gleich in zwei Fällen wurde oder wird sein Ausschluss betrieben. Sein Versuch, in der WASG Fuß zu fassen, landete nach zähem Prozedere vor dem Bundesschiedsgericht der Partei. Dem Abschluss des Verfahrens kam STÄHR mit seinem Austritt zuvor, obwohl er sich eben erst für den geschäftsführenden Landesvorstand beworben hatte. Ärger gab es für den 38jährigen auch beim örtlichen Sportverein TSV ▼

NPD-Delegation hisst in Griechenland Nazi-Fahne

Bericht ➞ Athener Polizei bestätigt Pressemeldungen

Die TeilnehmerInnen einer offiziellen Delegation der NPD haben im Januar in Athen mit nazistischen Symbolen provoziert. Dies bestätigte der Pressesprecher der Athener Polizei in einer Stellungnahme, die dem *apabiz* vorliegt. Danach hatten die deutschen Gäste eines Hotels in der Innenstadt am Morgen des 26. Januar »auf dem Balkon des ersten Stockes eine rotweiße Fahne mit nationalsozialistischen Symbolen, die ca. 2 Meter lang war« angebracht. Nach Berichten der griechischen Nachrichtenagentur ANA handelte es sich dabei um eine Fahne mit Hakenkreuz. Wie die Polizei weiter mitteilte, wurde die Fahne trotz der Bitte des Hotelbesitzers nicht entfernt und hing daher den gesamten Freitag an der Fassade.

Die Antwort in dem als »alternativ« geltenden Stadtteil war rabiat: Unbekannte bewarfen in der folgenden Nacht den Eingang des Hotels und den Balkon mit Brandsätzen, die leichten Sachschaden verursachten. Die Fahne verbrannte jedoch völlig und wurde noch in der gleichen Nacht durch eine Fahne mit der Aufschrift »Ortsgruppe Gröditz (NPD)« ersetzt.

Nach Auskunft der Athener Polizei lagen bei den insgesamt vierzehn im Hotel untergebrachten Deutschen keine strafbaren Handlungen vor, weswegen es keine Festnahmen und keine Unterrich-

tung der Deutschen Botschaft gegeben habe. Das Zeigen von Hakenkreuzen ist in Griechenland nicht strafbewehrt.

Die Delegation der NPD unter Leitung des Bundesvorsitzenden UDO VOIGT nahm in Athen an einer Versammlung der PATRIOTIKI SYMMACHIA (PATRIOTISCHE ALLIANZ) teil. Am 27. Januar fand dort der jährliche Marsch aus Anlass des Zwischenfalls von Imia von 1996 statt. Damals hatte die türkische Luftwaffe einen Helikopter der griechischen Armee über der Ägäis-Insel Imia abgeschossen. Die TeilnehmerInnen der Delegation kehrten nach Behördenangaben am Sonntag mit einem Lufthansa-Flug nach Deutschland zurück. **Ulli Jentsch**

Die NPD-Delegation auf dem Imia-Marsch 2007.



An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail *apabiz* erhält Materialien des Autors Rolf Vogel Zeitgeschichtliche Dokumente

Das *apabiz* hat nachgelassene Materialien aus dem Besitz des Journalisten und Buchautors Rolf Vogel erhalten. Vogel verfolgte u. a. für die konservative »Deutsche Zeitung« den Prozess gegen den wegen millionenfachen Mordes angeklagten ehemaligen SS-Obersturmbannführer ADOLF EICHMANN 1961 in Jerusalem, der mit einem Todesurteil endete, das am 1. Juni 1962 vollstreckt wurde.

Der Nachlass enthält eine Vielzahl von Materialien, die Vogel im Rahmen seiner Recherchen zusammentrug, u. a. ein Interview mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion und diverse Gerichtsakten aus verschiedenen Ländern, in denen Aussagen von Nazischergen wie des ehemaligen Kommandanten des KZ Auschwitz,

Richard Baer, als Zeugen in der Strafsache Eichmann dokumentiert sind. Außerdem dokumentiert der Nachlass die Beschäftigung Vogels mit dem Fall des ehemaligen Staatssekretärs HANS GLOBKE, der während des NS die »Nürnberger Rassengesetze« mitverfasst hatte und unter Adenauer eine umstrittene Karriere hinlegte. Interessant sind auch die Materialien zu dem prominenten »Kronjuristen der DDR«, Friedrich Karl Kaul, der vom ersten Auschwitz-Prozess an als Vertreter der Nebenkläger für die in der DDR lebenden Opfer auftrat.

Der Nachlass bietet damit reichhaltige Quellen für die Beschäftigung mit der (west-)deutschen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. ◀



Von »Hellfeldern« und »Dunkelziffern«

Bericht »Berliner Zustände 2006. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung« erschienen

Rückblickend hat das Bundeskriminalamt festgestellt, dass das Jahr 2006 ein Rekordjahr rechtsextremer Gewalttaten war. Dabei steht Berlin bei den Steigerungsraten ebenso im Spitzenfeld wie in der Zahl der Straftaten pro Einwohner. Doch was sagen offizielle Zahlen alleine aus? Die Polizei stellt in ihren Statistiken das dar, was sie erfährt. Im kriminalistischen Jargon sehen wir hier das »Hellfeld« des Bereiches Rechtsextremismus. Und dann werden diese Zahlen interpretiert, wie beispielsweise durch den Berliner Kriminaloberrat Klaus Gäth: »Berlin hat hauptsächlich mit Propagandadelikten zu tun, (...) zum Glück weniger [mit] Gewalt.«¹

In diesen Tagen veröffentlichen nun fünf Berliner Projekte erstmals einen sogenannten Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung in unserer Stadt. Die Publikation trägt den Titel »Berliner Zustände 2006«, in Anspielung auf die jährlichen Berichte des Bielefelder Soziologieprofessors Wilhelm Heitmeyer.

Die Vorlage eines Schattenberichtes könnte die Erwartung wecken, dass hier Initiativen im Gegenzug zu den offiziellen Darstellungen das »Dunkelfeld«, also die offiziell nicht erfassten Schattenseiten beschreiben. Das ist jedoch nur zum Teil der Fall.

Die beteiligten Projekte haben alltäglich mit Menschen und deren Lebenssituationen zu tun, die in den öffentlichen Statistiken nicht auftauchen. Dabei versuchen sie die anderen, unbekannteren Dimensionen der rassistischen und rechtsextremen Bedrohung zu verstehen, um die Fragen der Hilfesuchenden angemessen beantworten zu können. Dadurch sind Einblicke in Vorgänge möglich, die mit den polizeilichen Kriterien nicht erfasst werden. Sei es, weil die Grenze zur kriminellen Handlung nicht überschritten wurde, sei es, weil die Opfer die Polizei nicht einschalten können oder wollen. Um diese Schattenseiten des »Phänomens Rechtsextremismus« geht es also auch.

Vor allem aber beschreibt jedes Projekt in einem eigenen Beitrag einen wesentlichen Aspekt der Entwicklung des vergangenen Jahres. Über die Statistik der Gewalttaten berichtet die Opferberatungsstelle *ReachOut*, das *Anti-Diskriminierungs-*

Netzwerk Berlin (ADNB) beleuchtet das Problemfeld Diskriminierung in Berlin. Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus* (MBR) liefert einen detaillierten Rückblick auf den Wahlkampf der Berliner NPD und die damit verbundenen Herausforderungen. Die Pankower Netzwerkstelle *moskito* resümiert die islamfeindlichen Aktionen in dem Stadtteil Heinersdorf, während das *apabiz* einen Überblick über die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus im vergangenen Jahr beisteuert. Die 48-seitige Publikation wird abgerundet durch eine Reportage des Journalisten Norbert Siegmund und eine Chronik der Gewalttaten in 2006. Das Vorwort wurde verfasst von Prof. Dr. Birgit Rommelspacher.

Die Beiträge der Initiativen machen vor allem deutlich, dass es um die Interpretation dessen geht, was Rechtsextremismus eigentlich ist, woher er kommt und wie er bekämpft werden kann. Denn Zahlen sprechen nicht für sich, weder die polizeilichen noch die aus wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie müssen interpretiert werden und in Beziehung gebracht werden zu dem, was wir vom Rechtsextremismus sonst wissen. Im Falle der Berliner Initiativen heißt das vor allem auch, zu dem Alltag der betroffenen und der engagierten Menschen.

Die Publikation ist im pdf-Format auf den Homepages der beteiligten Projekte erhältlich oder in der Druckfassung gegen eine Schutzgebühr von zwei Euro beim *apabiz*.

Ulli Jentsch

1) »Berliner Kriminaloberrat: Strafverfolgung kann Probleme nicht lösen«, Deutschlandfunk vom 2. Januar 2007, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/57838_2 (eingesehen am 2. Januar 2007).



Immer wieder Tatort rechter Übergriffe: Der Berliner S-Bahnhof Frankfurter Allee.

Foto: Jörg Möller

► Glinde. Nachdem er zum Leiter der Boxabteilung gewählt wurde, erhielt die Vereinsführung Wind von STÄHRs jahrelangem CD-Handel. Sie reagierte deutlich: »Das ist unerträglich. Wir sind entsetzt, dass so jemand bei uns im Verein ist«, sagte der TSV-Vorsitzende Peter Voss. STÄHR wurde in Lübeck im Mai vergangenen Jahres wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 1200 Euro verurteilt, weil er CDs der Band LANDSER vertrieben hatte. ◀

Quergelesen: Todesurteil gegen Horst Mahler

Berlin • Im September 1977 hat in Berlin (West) ein »Reichs-Rechtsnotstandsgericht« der »NSDAP« gegen neunzehn »Ehrlose« ein Todesurteil ausgesprochen und sie für »vogelfrei nach deutschem Recht« erklärt: »Für die Tötung oder Ergriffung der genannten ‚Volkschädlinge‘ setzt die ‚Reichsführung der NSDAP‘ eine Belohnung von DM 100.000 aus«, heißt es in dem Urteil, für das »Reichsführer« WILHELM WÜBBELS und GERHARD »GARY REX« LAUCK verantwortlich zeichnen. Pikant: Zu den Verurteilten gehört neben Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Raspe und Klaus Croissant auch der Neonazi HORST MAHLER. Obgleich dieser heute Führer der REICHSBÜRGERBEWEGUNG ist, scheint er sich nicht an das Parteigerichtsurteil gebunden zu fühlen – ebensowenig URSEL MÜLLER von der HNG, die MAHLER in ihrer Gefangenensliste aufgenommen hat (Quelle: GEW u.a., Neofaschismus. Die Rechten im Aufwind. Berlin 1979, S.16). ◀

Priebke verliert Prozess wegen Odessa-Buch

Mailand (Italien) • Der argentinische Journalist Uki Goñi, Autor des Buches »Odessa: Die wahre Geschichte«, hat vor einem Mailänder Gericht in allen Punkten gegen den deutschen Kriegsverbrecher ERICH PRIEBKE Recht bekommen. Der ehemalige SS-Offizier hatte gegen die Darstellung Goñis geklagt, der ihn der Folterungen an Gefangenen, der Selektion jüdischer Häftlinge zur Geiselschiffung und der Flucht unter falschen Namen nach Lateinamerika beschuldigt hatte. Im März entschied das Gericht gegen PRIEBKE und legte ihm die Gerichtskosten auf. Goñi gab in einem Interview gegenüber der ▼



Agentur JTA seiner »tiefen Genugtuung« über das Urteil Ausdruck und betonte, dass Historiker und Journalisten sich dadurch ermuntert fühlen sollten, die Ergebnisse ihrer Forschungen frei zu publizieren. ◀

Verfassungsschutzbericht von rechts

Schnellroda • Unter dem Titel »Was der Verfassungsschutz verschweigt – Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht« hat das neurechte INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IFS) eine umfassende Kritik an der Behörde Verfassungsschutz und anderen staatlichen Institutionen veröffentlicht. Der »demokratiekonforme alternative Verfassungsschutzbericht« beweist nach Meinung der Autoren, dass die »stärkste Bedrohung für die Verfassungsordnung von politischen Kräften« ausgeht, die die politische Macht inne haben. Als Herausgeber fungieren HANS-HELMUTH KNÜTTER und JOSEF SCHÜBLBURNER. Für das Vorwort des Buches konnte der ehemalige Berliner Innensenator HEINRICH LUMMER gewonnen werden. Neben dem Hauptautoren SCHÜBLBURNER haben verschiedene rechte Autoren Beiträge beigegeben, darunter u. a. die Rechtsanwältin GISA PAHL und die Funktionärin der rechten Bürgerinitiative PRO KÖLN, JUDITH WOLTER. ◀

turn it down!-Festival 2007

Berlin • Über 500 Menschen kamen am 13. und 14. April zum dritten Festival von *turn it down!* in den Kastanienkeller und in den Festsaal Kreuzberg. Leider mussten die für



Samstag geplanten »Now Denial« krankheitsbedingt absagen, als Ersatz sprangen »Isaïe Buried Memorial« aus Frankreich ein. »Sgt. Toffke« sorgte anschließend mit Hits für einen unvergesslichen Tanzabend. ◀

Erneute Razzia bei D.S.T.

Berlin • Mitte März ist es erneut zu polizeilichen Durchsuchungen ▼

Neue Regionalausgaben der Broschüre »Versteckspiel«

Bericht ➔ Das Erfolgsprojekt der *asp* geht weiter

In den vergangenen Wochen sind neue Regionalausgaben der Broschüre »Versteckspiel« erschienen. Herausgegeben von der *agentur für soziale perspektiven (asp)* wurden in Zusammenarbeit mit dem *apabiz* und verschiedenen KooperationspartnerInnen in den Regionen Ausgaben für Rhein-Ruhr und NRW sowie Süd-Ost (Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) erstellt. Die Gesamtauflage der verschiedenen »Versteckspiel«-Broschüren beträgt zusammen nun mehr als 50.000 Exemplare.

Als die *asp* Ende 2001 die erste Auflage der Broschüre »Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen« herausgab, konnte niemand ahnen, welche massive Nachfrage zu diesem Thema entstehen und welche Dynamik das Projekt damit entfalten würde. Tatsächlich aber hatten wir ein Vakuum gefüllt. Zwar gab es zu diesem Zeitpunkt schon Informationsschriften über extrem rechte Symbolik, doch waren darin die einzelnen Symbole meist »katalogisiert« und orientierten sich an der Frage, was nun verboten sei und was nicht. Unser Ansatz hingegen bestand – und besteht noch heute – darin, die Funktionsweise der Symbole zu erklären und über dieses Wissen extrem rechte Lebenswelten greifbar zu machen.

Die hohe Qualität der »Versteckspiel«-Broschüren ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass *asp* und *apabiz* auf ein Netzwerk antifaschistischer Gruppen und Initiativen zurückgreifen konnten. So können bundesweit Beobachtungen und Einschätzungen zusammengeführt werden und auf diesem Wege ein reichhaltiger Pool von Materialien entstehen.

Die erste Regionalausgabe der Broschüre, die an das bundesweite Werk angelehnt und um spezifisch regionale Symbole erweitert sind, entstand im Jahre 2004 für die südwestdeutschen Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. Die Auflage in Höhe von 6.000 Exemplaren war bereits nach wenigen Monaten vergriffen, weshalb diese Ausgabe noch im Sommer überarbeitet und wieder aufgelegt werden soll.

Ebenso wird im Sommer die nunmehr siebte Auflage der bundesweiten »Versteckspiel«-Broschüre herauskommen, die über eine aktualisierte Neuaufgabe hinausgeht. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen im neonazistischen Lifestyle werden wir manches umbauen: Eine neue Kategorie wird eingeführt, bei bestehenden Kategorien wird sich die Gewichtung ändern.

Die beständige Nachfrage und die durchweg positiven Rezensionen zeigen, dass wir ein Standardwerk mit hohem Gebrauchswert geschaffen haben. *asp / apabiz*

Sachsen, LSA, Thüringen

Erstellt im Auftrag der *DGB-Jugend* Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Unterstützt vom *Kulturbüro Sachsen e.V.*, *Miteinander e.V.* und dem *Mobilen Beratungsteam Thüringen (Mobit)*.

Diese Broschüre kann u. a. angefordert werden bei: *DGB-Jugend Sachsen (dgb-jugend.sachsen@dgb.de)*, *DGB-Jugend Sachsen-Anhalt (dgb.jugend-lsa@dgb.de)*, *Miteinander e.V. (net.gs@miteinander-ev.de)*, *Kulturbüro Sachsen (buero@kulturbuero-sachsen.de)*, *Mobit (mail@mobit.org)*.

Rhein-Ruhr/NRW


Erstellt im Auftrag des *AK Ruhr – Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (http://www.ak-ruhr.de)*. In Kooperation mit *LOTTA* und *Antirassistisches Bildungsforum Rheinland*.

Vertrieb: *VFKB e. V.*, Postfach 101718, 46017 Oberhausen, bildungsforum@gmx.de.





Mord bei den Korporierten

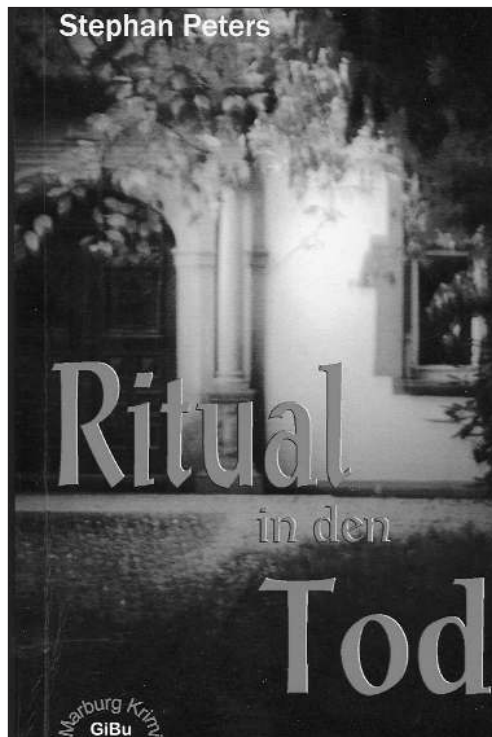
Rezension  Stephan Peters:
»Ritual in den Tod. Ein Mar-
burg Kriminalroman«. Gipfel-
buch Verlag, Waldsolms 2007,
178 Seiten.

Highlife beim Marburger Corps Stauffiae: Im Korporationshaus soll Anwärter Alexander seine erste Mensur fechten, um sich endlich zum Vollmitglied in diesem elitären, pflichtschlagenden Studentenzirkel zu qualifizieren. Das Ritual endet dramatisch. Ein Schlag auf den Scheitel spaltet den Schädel von Alexander, er sackt tödlich getroffen auf den Boden. War das ein Unfall, wie es zuerst aussieht? Oder steckt dahinter mehr – war es Mord?

Reale und fiktive Abgründe im Milieu der Studentenverbindungen

Der Heidelberger Wissenschaftsberater Stephan Peters, Jahrgang 1969, hat zur Leipziger Buchmesse mit dem Krimi »Ritual in den Tod« seinen Roman-Erstling vorgelegt. Die Geschichten, die sich darin um den Tod des jungen Corps-Anwärters Alexander entspinnen, sind zwar fiktiv – und doch geben sie Einsichten in die real durchaus existenten Denkwelten im Korporiertenmilieu. Autor Peters weiß, wovon er schreibt. Er promovierte 2004 mit einer kritischen Arbeit zu studentischen Korporationen und ist unter anderem für das *apabiz* in der politischen Bildungsarbeit zu diesem Thema tätig.

Das Buch erzählt aus der Perspektive einer Marburger Polizeikommissarin und ihres Kollegen, die mit den Ermittlungen zum Todesfall betraut sind. Die modernen, aufgeklärten BeamtInnen begegnen den verstaubt anmutenden Ritualen der Korporierten mit misstrauischer Skepsis. Bei ihren Recherchen tut sich für sie und damit die LeserInnen der



weltfremde Geist der Verbindungen auf. In dieser Gedankenwelt aus Eliteanspruch, Standesdünkel, skrupellosem Geschäftsgebaren, Sexismus und verquerem Ehrenkodex liegt schließlich der Schlüssel zur Lösung des Falls. Hilfe für die Polizei kommt im Buch aus der linken Szene der Stadt, deren Fachwissen über die Verbindungen wertvolle Hinweise liefern.

Fazit

Die ganz große Krimikunst ist Stephan Peters mit »Ritual in den Tod« sicherlich noch nicht geglückt. An wenigen Stellen holpert die Erzählung etwas und sachlich scheint es zunächst unverständlich, warum die KommissarInnen so hartnäckig Richtung Mord ermitteln, wo anfangs doch überdeutlich ein schlichter Fechtunfall vorzuliegen scheint. Vielleicht sind die beiden in ihrer Ablehnung des Verbindungswesens auch zu positiv gezeichnet. Immerhin ist die Institution Polizei real auch dafür bekannt, einen ganz eigenen Corpsgeist zu pflegen. Trotzdem: »Ritual in den Tod« ist mit seinen knapp 180 Seiten ein knackiger, solider Kriminalroman, der gut unterhält, ein interessantes Finale bietet und ganz nebenbei Struktur und Denken der Verbindungen wohl besser erklärt, als dies so manchem Sachbuch gelingt. Sacht sozialkritisch aufgeschrieben, aus Sicht der ErmittlerInnen berichtet und über das Verstehen einer fremden Lebensart den Fall lösend – nur zu gut könnte man sich »Ritual in den Tod« als Tatort-Episode verfilmt vorstellen. Das Potenzial dazu hat der Stoff allemal.

Toni Peters

► gegen die Berliner Band D.S.T. (DEUTSCH, STOLZ, TREUE) gekommen. Hintergrund war die Veröffentlichung einer Split-CD unter dem Titel »Gift für die Ohren« mit der Brandenburger Band BURN DOWN. 150 Exemplare dieser CD wurden beschlagnahmt und ein Ermittlungsverfahren wegen der Aufforderung zu Straftaten und Beleidigung eingeleitet. Bereits im Februar waren bei Durchsuchungen gegen die Band 1.500 Exemplare der CD »Die Antwort aufs System« sowie eine Pumpgun sichergestellt worden. ◀

Aus H8store wird Totenkopfversand

Schwerin • Seit Anfang April ist NORMAN PETERS neuer Inhaber des neonazistischen Versandhandels H8STORE.COM und des dazugehörigen Labels NORTHX. Dies gab PETERS in einer persönlichen Erklärung bekannt. Den Versand will er unter dem neuen Namen TOTENKOPFVERSAND weiter betreiben.

Mit diesem Verkauf vollzieht der seit geraumer Zeit scharf angegriffene bisherige Besitzer PHILIP SCHLAFFER (Pseudonym: HARRY ANDERSEN) seinen Rückzug aus dem lukrativen CD- und Versandhandel: »Dies ist keine Szeneausstieg, sondern ein Ausstieg aus dem mir mittlerweile unangenehmen RAC Geschäft!«, teilt »Harry/Philip« mit. Er behauptet, ein Ausstieg sei bei ihm nicht möglich, »da die Bewegung und der national sozialistische Grundgedanke mein Lebensinhalt ist«. SCHLAFFER versucht, sich in vagen Worten gegen die Angriffe auf seine Person zu wehren, die er als »Boykott und üble Nachrede« bezeichnet. Sein »besonderes Interesse« liege derzeit darin, die »angebliche Parole 'Ruhm & Ehre der WaffenXX' bis vor das BVG erneut zu tragen«. SCHLAFFER verabschiedet sich mit dem »Gruss 88«.

Weitaus unangenehmer wird ihm aber wohl der Besuch ehemaliger Geschäftsfreunde gewesen sein, die ihn vergangenen Oktober unter Waffengewalt zur Herausgabe von Geldschulden zwingen wollten. Als Tatverdächtiger ist seitdem ALEXANDER BAHLS aus Berlin in Untersuchungshaft, Mitglied der VANDALEN, Bandleader von SPREEGESCHWADER und bis dahin Betreiber des Naziladens PARZIFAL in Berlin-Adlershof. ◀

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz e.v.* kommen möchten, gibt es jetzt unser *Info-Paket* in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den *ReferentInnen-Katalog* inklusive Updates
- zwei Exemplare aller *neuen Publikationen* des *apabiz e.v.* (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

ffügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Waldbauer, Peter: »Lexikon der antisemitischen Klischees. Antijüdische Vorurteile und ihre historische Entstehung«.* Mankau Verlag, Murnau am Staffelsee 2007.

Antisemitische Klischees und Vorurteile sind nach wie vor noch tief in den Köpfen vieler Menschen verankert: Werden die Börsenkurse von einer »jüdischen Hochfinanz« manipuliert? Sind die Juden schuld am 11. September? Sind alle Juden reich? Mit diesen und anderen Vorurteilen räumt Peter Waldbauer in seinem Lexikon auf. In einer klaren und leicht verständlichen Sprache dokumentiert er verbreitete antijüdische Stereotype und stellt sie richtig. Darüber hinaus beantwortet das Lexikon Fragen zur Geschichte des Antisemitismus.

• *Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): »Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich«.* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2006.

Der Sammelband dokumentiert eine Tagung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, die sich die vergleichende Betrachtung von Ideologien in Diskursen und Programmen extremistischer Organisationen zum Ziel gesetzt hatte.

• *Kopper, Christopher: »Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier«.* Carl Hanser, München 2006.

Mit HJALMAR SCHACHT, dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister, beleuchtet Kopper einen der einflussreichsten, aber auch widersprüchlichsten Männer des »Dritten Reiches«. Er finanziert als Reichsbankpräsident die Aufrüstung mit; später wird er als Mitverschwörer des missglückten Attentats vom 20. Juli 1944 bis zum Kriegsende im Konzentrationslager inhaftiert. Die Biographie zeichnet unter Auswertung zahlreicher Quellen den Lebensweg SCHACHTS nach.

• *Kopper, Christopher: »Bankiers unterm Hakenkreuz«.* Carl Hanser, München 2005.

Die Monographie untersucht die Rolle deutscher Spitzenbankiers während des »Dritten Reiches«. Dabei nimmt Kopper Einzelpersonen wie den jüdischen Bankier und damaligen Direktor einer Hamburger Privatbank, Max Warburg, in den Blick. Er thematisiert aber auch die Verstrickungen der Dresdner Bank oder die Rüstungsgeschäfte der Deutschen Bank. Welche Handlungsmöglichkeiten besaßen Bankiers während der NS-Zeit? Welche individuellen Einstellungen und Motive, welche strukturellen Gründe beeinflussten ihr Handeln? Dem geht der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Kopper in seiner schwungvoll geschriebenen Darstellung nach.

• *Burkert, Esther: »Rechtsextremismus und Geschlecht. Politische Selbstverortung weiblicher Auszubildender«.* Centaurus, Herbolzheim 2006.

In ihrer von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Dissertation befragt die Autorin weibliche Auszubildende nach ihrer politischen Selbstverortung u. a. im Hinblick auf den organisierten Rechtsextremismus. Dabei betrachtet sie die Theoriestränge der deutschen Rechtsextremismuskritik im Vergleich mit der angloamerikanischen und französischen Rassismuskritik. Der empirische Teil der Untersuchung überprüft die Forschungshypothesen zum »weiblichen« und »männlichen« Rechtsextremismus und wertet die geführten Interviews und Einzelfallanalysen aus.

• *Wiederer, Ralf: »Die virtuelle Vernetzung des internationalen Rechtsextremismus«.* Centaurus, Herbolzheim 2007.

Weltweite Mobilität und internationale Vernetzung – auch die Nazis tummeln sich im »globalen Dorf« und nutzen den Datenhighway zur Organisation und Koordination ihrer braunen Aktivitäten. Die interdisziplinär angelegte Untersuchung thematisiert auf einer breiten theoretischen und methodischen Basis rechtsextremen Aktivismus im Internet und nimmt Hyperlinknetzwerke des (internationalen) Rechtsextremismus unter die Lupe.

• *Schmid, Hansjörg; Frede-Wenger, Britta (Hg.): »Neuer Antisemitismus? Eine Herausforderung für den interreligiösen Dialog«.* Frank & Timme, Berlin 2006.

Flammt der Antisemitismus neu auf? Gibt es gar eine qualitative Verschiebung, einen »neuen Antisemitismus«? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine interreligiöse Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart im Mai 2005, die in diesem Sammelband dokumentiert ist.

• *Wildt, Michael: »Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939«.* Hamburger Edition, Hamburg 2007.

Wildt untersucht auf der Basis von regionalen Quellen, sowie umfassenden Stimmungs- und Lageberichten staatlicher Stellen systematisch die antisemitischen Gewaltaktionen und Ausschreitungen in der deutschen Provinz. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich dabei von der Weimarer Republik bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs und resümiert in einem Schlusskapitel die Herstellungs- und Wirkungsmechanismen der »Volksgemeinschaft«.